

## **Bericht Veranstaltung Landesvertretung NRW Brüssel „Die Umsetzung der europäischen Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen und ihre Zukunft nach 2013“ am 13.01.2010**

Die Staatskanzlei des Landes NRW hatte gemeinsam mit dem MWME NRW am 13.01. d.J. zu einer Informationsveranstaltung zur Umsetzung der europäischen Strukturpolitik in NRW und ihre Zukunft nach 2013 nach Brüssel eingeladen. Hierbei ging es, wie auf dem letzten Treffen der kommunalen Europa-Beauftragten in NRW mit Herrn Staatssekretär Michael Mertens in Unna mitgeteilt, auch darum, Überzeugungsarbeit für die Fortführung des Ziels 2 in der zukünftigen EU-Strukturpolitik nach 2013 zu leisten und hierfür notwendige Unterstützung zu mobilisieren.

In einem Eingangsstatement verwies **Herr Minister Andreas Krautscheid (Bundesangelegenheiten, Europa und Medien NRW)** auf das Eckpunktepapier von BReg und Ministerpräsidenten vom 17.12.2009, in dem die Konzentration der EU-Strukturfondsmittel nach 2013 auf die ärmsten Regionen in der EU unterstützt wird, zugleich aber die Forderung ausgesprochen wird, auch einen Teil der EU-Finanzmittel auf das Ziel Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

Gleichzeitig setze sich das **Land NRW zur inhaltlichen Neuausrichtung der Lissabon-Strategie** für eine Konzentration auf die wichtigsten Zukunftsaufgaben und damit für die Fortführung der Bereiche Innovation und wissensbasierte Wirtschaft ein, die bereits in der laufenden Förderperiode im Rahmen der Industriecluster deutlich vorweisbare Erfolge hervorgebracht hätten. In Zukunft gehe es um die stärkere Ausrichtung auf eine technologische Breitenförderung, d.h. die praktische Anwendung und Umsetzung der Ergebnisse (Stichwort: Marktreife von neuen Produkten und Technologien). Die zukünftige Strukturpolitik sei zudem geeignet, weitere Förderbereiche aufzunehmen, wie z.B. Ökoinnovation, Klimawandel, etc.

Als weitere Stichworte **für zukünftige Elemente der Nachfolgestrategie von Lissabon** nannte Herr Minister Krautscheid:

- Der Beitrag der Regionen sei bisher zu wenig berücksichtigt worden. In diesem Zusammenhang forderte Herr Minister Krautscheid unter Hinweis auf die Potentiale, die Erfahrung und das Wissen der Regionen und der lokalen Akteure deren stärkere Einbeziehung in die Umsetzung der Nachfolgestrategie von Lissabon.
- Auch sei eine bessere Erreichbarkeit von KMU´s notwendig.

- Es sei ein entsprechendes Vereinfachungspotential (Stichwort: Bürokratischer Aufwand bei der Antragstellung) vorhanden, was auch genutzt werden müsse, da Innovation schnell umgesetzt werden müsse.

Nach dem **Vortrag von Herrn Prof. Gerhard Untiedt**, Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalyse/GEFRA, Münster (PowerPoint Präsentation wird Ihnen noch übersandt), in dem dieser die Fortführung des Ziels Wettbewerbsfähigkeit für sinnvoll und notwendig erachtet, moderierte Udo van Kampen, Leiter des ZDF-Studios in Brüssel **eine offene Diskussionsrunde**. Es waren vertreten und gaben folgende Statements ab:

### **Herr Dr. Dirk Ahner, Generaldirektor für Regionalpolitik, Europäische Kommission**

Herr Dr. Ahner benannte für die „**EU-Strategie bis 2020**“ (Fortführung der Lissabon-Strategie) **folgende Ziele, die Priorität für die Zukunft haben:**

- Globalisierung
- Wettbewerbsfähigkeit: Wissensbasierte Wirtschaft und Innovation (Grundlagenforschung mit Umsetzung in konkrete Produkte)
- Soziale Dimension, d.h. Bekämpfung der wachsenden relativen Verarmung und Kampf gegen den sozialen Ausschluss (Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung),
- Umsetzung durch territorialen, d.h. dezentralen Ansatz: Mitgliedstaaten und Regionen legen ihre jeweiligen Entwicklungsprogramme vor
- Fortführung der regionalen Politik, d.h. Aufbau von Kompetenzen in allen Regionen, weil die Verbreitung von Ergebnissen und die Umsetzung in Produkte durch Unternehmen nur in den Regionen möglich ist. Der regionale Ansatz ist laut Herrn Dr. Ahner der einzig mögliche Ansatz für Entwicklungspolitik, auch im Hinblick auf die räumliche Nähe der Regionen zu ihren Bürgern
- Anwendung der EU-Strukturfonds in gesamter EU, allerdings mit Konzentration auf ärmste Gebiete (= 80 % der Finanzmittel, 20 % auf andere EU-Gebiete)

### **Herr Dr. Markus Pieper, MdEP, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung im EP**

Herr Dr. Pieper teilte mit, dass das Europäische Parlament den Ansatz der Europäischen Kommission unterstütze und in seiner Mehrheit für die Fortsetzung der alten Zielstrukturen

sei, ergänzt um neue, strategisch wichtige Zukunftsbereiche, wie sie bereits in der bisherigen Diskussion genannt worden seien (z.B. Forschung und Innovation mit der notwendigen Weitergabe von Kompetenzen). Für die bisher schwachen Regionen, die demnächst aus der Zielförderung herausfallen würden, plädierte Herr Dr. Pieper für eine Übergangsförderung. Außerdem setzte sich Herr Dr. Pieper dafür ein, die Abwicklung der EU-Strukturfonds in den Regionen zu vereinfachen, in dem entweder zukünftig Projekte nur noch aus einem Fonds gefördert würden oder durch eine fondsübergreifende Förderung eine größere Verbindlichkeit entstehe.

### **Herr Dr. Jens Baganz, Staatssekretär im MWME NRW**

Herr Staatssekretär Baganz verwies auf die Tatsache, dass es mit Hilfe der EU-Strukturfonds 2007-2013 gelungen sei, die Flächenstruktur in NRW zu bewältigen; zurzeit liege die Konzentration auf Innovation und Wettbewerb. Er befürwortete die Fortführung der Ziel 2-Förderung, damit es auch in Zukunft über eine dezentrale Umsetzung zu Wachstum, z.B. durch die Entwicklung und Verbreitung neuer Produkte, kommen könnte. Herr Staatssekretär Baganz unterstützte ebenfalls die Fortführung des Wettbewerbsverfahrens, in dem die Regionen jeweils eigene Masterpläne aufstellten und um die besten Ergebnisse gegeneinander anträten. Schließlich teilte Herr Staatssekretär Baganz mit, dass Im Rahmen des RWP 16 % der Fördermittel an KMU´s gingen und es schon unter diesem Gesichtspunkt begrüßenswert wäre, dass der bisherige, oft beklagte Verwaltungsaufwand bei der Antragstellung erleichtert würde.

### **Resumee:**

1. Der regionale Ansatz bleibt erhalten
2. Der bürokratische Aufwand muss reduziert werden

Ruth Harte  
Europabüro Rhein-Kreis Neuss/  
EUROPE DIRECT Informationszentrum  
Mittlerer Niederrhein